



Bericht aus Berlin

17 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 17 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum

Haushalt 2012 im Zeichen der Konsolidierung

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Haushalt 2012 verabschiedet. Im parlamentarischen Verfahren war es der Koalition gelungen, die im Regierungsentwurf ursprünglich vorgesehene Nettokreditaufnahme von 27,1 Milliarden Euro um 1,1 Milliarden Euro auf 26,1 Milliarden Euro zu senken. Ob dieser Neuverschuldungsrahmen im kommenden Jahr tatsächlich ausgeschöpft wird, zeigt sich erst Ende 2012. Der Haushalt 2012 erfüllt die Anforderungen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und geht sogar darüber hinaus: Die maximal zulässige Neuverschuldung beträgt danach 40,5 Milliarden Euro.

Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung setzt die christlich-liberale Koalition mit ihrem Etat gezielt politische Schwerpunkte, insbesondere in den Bereichen Investitionen, innere Sicherheit sowie Bildung und Forschung:

- Die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur werden gegenüber dem Regierungsentwurf um eine Milliarde Euro erhöht.
- Die Koalition setzt erheblich mehr Mittel für innere Sicherheit ein. So wird unter anderem der Etat des Bundesinnenministeriums um insgesamt 23 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht.
- Deutschland ist auf dem Weg zur Bildungspolitik: Dem Bereich Bildung und Forschung stehen 2012 insgesamt knapp 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als 11 % gegenüber dem Vorjahr.

Weichen für Kommunen gut gestellt

Zum Bundeshaushalt 2012 und den darin enthaltenen Kommunalentlastungen erklärt Peter Götz: „Der Bund stärkt die Finanzkraft der Kommunen – obwohl die angemessene Finanzausstattung der Kommunen nach der Finanzverfassung eigentlich in die Zuständigkeit der Länder fällt. Im kommenden Haushaltsjahr 2012 übernimmt der Bund 45 Prozent der Kosten der Altersgrundsicherung. 2013 erhöht er seinen Kostenanteil auf 75 Prozent. Ab dem Jahr 2014 wird der Bund diese Ausgaben den Kommunen vollständig erstatten. Gemeinsam mit dem bereits beschlossenen Bildungspaket werden damit die Kommunen bis 2020 in einer Größenordnung von mehr als 50 Milliarden Euro entlastet. Eine einseitige und dauerhafte Kommunalentlastung in dieser Größenordnung – ohne Übertragung neuer kostenträchtiger Aufgaben und sonstiger Ausgabe-pflichten – ist in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig.

Flankiert wird diese Ausgabenreduktion von steigenden Einnahmen. Bereits für das laufende Jahr 2011 ist klar, dass die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden gegenüber 2010 deutlich zulegen; um +8,5 Prozent bzw. +5,9 Milliarden Euro. Damit erhöht sich das gemeindliche Steueraufkommen im laufenden Jahr auf insgesamt 76,3 Milliarden Euro. Auch für das Jahr 2012 geht die November-Steuerschätzung von weiteren Zuwächsen bei den gemeindlichen Steuereinnahmen aus. Die Steuereinnahmen steigen um +4,9 Prozent bzw. +3,8 Milliarden Euro auf 80,1 Milliarden Euro.“

Parlamentsdeutsch...

... Bundesrat

Als Vertretung der Bundesländer ist der Bundesrat eines der fünf ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik. Durch den Bundesrat, der von den Regierungen der Länder gebildet wird, wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Darüber hinaus ist der Bundesrat auch in Angelegenheiten der Europäischen Union beteiligt. Je nach Bevölkerungszahl entsenden die 16 Bundesländer zwischen drei und sechs Vertreter ihrer Landesregierungen in den Bundesrat. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich und nur durch anwesende Mitglieder oder deren Vertreter abgegeben werden. Der Präsident des Bundesrates wird jedes Jahr am 1. November aus dem Kreis der Ministerpräsidenten gewählt. www.bundesrat.de.

Quelle: Parlamentsdeutsch, Lexikon der parlamentarischen Begriffe

Nachrichten

Im Gespräch...



Peter Götz mit Führungspersonen verschiedener Jobcenter und Arbeitsagenturen. Auf Vermittlung von Geschäftsführer Gerald Maisberger vom Jobcenter Baden-Baden empfing Götz eine Delegation im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages. Zu Beginn des Gesprächs stand auch der Parlamentarische Staatssekretär, Dr. Ralf Brauksiepe, MdB, für Fachfragen zur Verfügung. Der lebhafte Gedankenaustausch hatte die zahlreichen Facetten rund um das Thema Arbeitslosengeld 1 und 2 zur Grundlage.

Peter Götz mit 98,9 % wiedergewählt

Auf der Bundesvertreterversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) in Kassel wurde Peter Götz erneut mit überwältigender Mehrheit zum Bundesvorsitzenden gewählt. 98,9 % der 177 Delegierten aus ganz Deutschland sprachen Götz ihr Vertrauen aus. Die KPV ist ein Zusammenschluss von 75.000 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die Mitglied der CDU und CSU sind. Götz führt den Verband seit 1997. In Anwesenheit der Bundeskanzlerin forderte Götz, dass der Bund nach der Übernahme der Grundsicherung im Alter weitere Sozialkosten von den Kommunen übernehmen soll. „Die Finanzierung von Behinderungen ist keine kommunale Angelegenheit, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe“, begründet der KPV-Vorsitzende seine Forderung.

Fehlendes Mobilfunknetz darf nicht zur Gefährdung von Einwohnern führen

Peter Götz teilt mit: "In den letzten Tagen erreichten mich eine Vielzahl von Zuschriften besorgter Bürgerinnen und Bürger sowie der Jungen Union Rastatt, in denen ich gebeten wurde, im Zusammenhang mit der fehlenden Freigabe eines Mobilfunknetzes in Forbach durch die Bundesnetzagentur tätig zu werden. Mögliche Gefährdungen in Notfallsituationen durch ein fehlendes Mobilfunknetz bereiten zunehmend Sorge. Ich habe mich deshalb persönlich mit einem Schreiben an den Präsidenten der Bundesnetzagentur gewandt und um Stellungnahme sowie erneute Prüfung einer Freigabe gebeten. Ein fehlendes Mobilfunknetz darf in unserer Region nicht zur Gefährdung von Einwohnern und Touristen führen."

Politische Informationsfahrt nach Berlin

Auf Einladung von Peter Götz kamen in dieser Sitzungswoche politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis nach Berlin. Im Rahmen des abwechslungsreichen Programms besuchten die vielen ehrenamtlich Engagierten den Deutschen Bundestag. Hier konnten die Teilnehmer persönlich eine Debatte im Plenum zum Bundeshaushalt 2012 mitverfolgen. Darüber hinaus hatten die Besucher die Möglichkeit, sich mit Peter Götz über aktuelle politische Themen auszutauschen. Der Freitagnachmittag wurde durch eine Besichtigung des Kanzleramtes und eine Stadtrundfahrt abgerundet. Eine Führung und ein Informationsgespräch in der Gedenkstätte Hohenschönhausen (ehem. Stasiuntersuchungsgefängnis) hinterließen tiefe Eindrücke. Bevor es am Samstagnachmittag wieder Richtung Heimat ging, besichtigte die Gruppe noch die Gedächtniskirche sowie den Deutschen Dom am Berliner Gendarmenmarkt.



Peter Götz diskutiert mit der Gruppe im Fraktionssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude

Weitere Informationen unter:

www.goetzpeter.de

www.cducusu.de

www.kpv.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Höchster Stand der Erwerbstätigkeit seit Wiedervereinigung

Im dritten Quartal 2011 ist die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 41,2 Millionen gestiegen. Das waren 495.000 Personen oder 1,2% mehr als vor einem Jahr. Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stellt diese Zahl den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung dar. Die größten Beschäftigungsgewinne im Vorjahresvergleich gab es weiterhin bei den Unternehmensdienstleistern mit einem Plus von 189.000 Menschen (+3,6%), gefolgt von Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit zusammen +138.000 Erwerbstätigen (+1,5%). Demgegenüber war bei den öffentlichen Dienstleistern einschließlich Erziehung und Gesundheit – auch bedingt durch das Auslaufen der Wehrpflicht – im dritten Quartal im Vorjahresvergleich per Saldo ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit um 10.000 Personen (–0,1%) zu verzeichnen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Vierteljahr 2011 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,5% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich somit nach dem wachstumsstarken Jahresbeginn (+1,3% im ersten Quartal) weiter fort und nahm im Berichtsquartal wieder etwas mehr Fahrt auf. Zudem wurde das Ergebnis für das zweite Quartal 2011 nach oben, auf nun +0,3%, korrigiert. Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu: Das preisbereinigte BIP war im dritten Quartal 2011 um 2,5% höher als ein Jahr zuvor (kalenderbereinigt um 2,6%). Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich in erster Linie aus dem Inland: Dabei trugen insbesondere die privaten Konsumausgaben zum Anstieg des BIP bei.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche Wirtschaft bewahrt Euro-Zone vor Stagnation

Laut Eurostat legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Währungsunion von Juli bis September 2011 nur um 0,2% zum Vorquartal zu. Stärkstes Konjunkturzugpferd war Deutschland mit einem Wachstum von 0,5%. Allein Estland verzeichnete mit 0,8% ein höheres Wachstum. Auch Frankreich legte mit 0,4% deutlich zu. Dagegen stagnierte die Wirtschaft in Spanien, in Zypern schrumpfte sie um 0,7%, in Portugal um 0,4% und in den Niederlanden um 0,3%. Zahlen zu Italien und Griechenland liegen noch nicht vor. Nach einer ersten Schätzung geht die Statistikbehörde in Athen davon aus, dass das BIP im dritten Quartal um 5,2% im Vergleich zum Vorjahresquartal zurückgehen wird.

(Quellen: Eurostat, Welt-Online)